

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

11 (14.1.1920)

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Von Gustav Hoch, Mitglied der Nationalversammlung.

Vom 18. bis 17. Januar ist die Nationalversammlung damit beschäftigt, das Betriebsrätegesetz zu verabschieden. Das Plenum wird sich dem Gesetz gegenüber höchstwahrscheinlich nicht feindlicher stellen als der Ausschuss, und wer das Ergebnis von dessen Beratungen mit dem Regierungsentwurf vergleicht, muß zugeben, daß der Regierungsentwurf in verschiedenen Punkten verschlechtert worden ist. Es ist also erklärlich, wenn die Arbeiter den kommenden Beratungen mit Besorgnis und Mißtrauen entgegensehen.

Damit ist ohne weiteres zugegeben, daß der jetzt vom Ausschuss vorgelegte Gesetzentwurf erhebliche Mängel hat. Daran geht wieder hervor, daß unserer Fraktion die Aufgabe zufällt, nach Möglichkeit verbessernde Hand anzulegen. Es hieße aber das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man sich den Standpunkt der Unabhängigen zu eigen machen wollte, die an dem Gesetz kein gutes Haar lassen. Es läßt sich ja verstehen, daß die Leute ganz besonders enttäuscht sind. Wer trotz aller angeblichen Gewerkschaftsfreundlichkeit sich auf die Formel einließ: "alle Macht den Arbeiterräten", dem kann das Gesetz nicht genügen, da es die Gewerkschaften zum ausschlaggebenden Faktor bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen macht, und den Betriebsräten in der Campfphase nur die Kontrolle über die Durchführung der Vereinbarungen in den Betrieben überläßt. Das muß einem jeden, der die Machtverhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer richtig abschätzt, willkommen sein. Wer aber glaubt seine radikalen Neben für Taten halten zu können, und wer das Vollen über das Mögliche stellt, dem gefällt es natürlich nicht, daß der Ausschuss die Betriebsräte gewissermaßen zu Organen der Gewerkschaften gemacht hat. In dieser Beziehung hat der Ausschuss das Gesetz wesentlich verbessert. Die Regierungsvorlage war in mehr als einer Beziehung so gestaltet, daß die Idee der Betriebsorganisation Wasser auf die Mühle besam. Sie räumte z. B. den Betriebsräten ein Mitbestimmungsrecht bei den Bestimmungen über die Streiks ein, was natürlich nicht, daß der Ausschuss die Betriebsräte gewissermaßen auch ein Verbot ausgesprochen, daß für die Arbeitnehmervertretungen Beiträge erhoben werden können. Dieser letzte Punkt ist es der den Anhängern der Betriebsorganisation ganz besonders auf die Nerven fällt. Sie sprechen über Einschränkung der Koalitionsfreiheit und gegenrevolutionäre Tendenzen des Gesetzes.

Wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus? Schon heute kann festgestellt werden, daß die Förderer der anti-gewerkschaftlichen Bestrebungen an der Arbeit sind in der Hoffnung, durch Betriebsräteorganisationen die Gewerkschaftsbewegung auszuhalten. Es braucht hier nur auf die Berliner Adressen verwiesen zu werden und auf einen Plan, der zur Zeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet den Gewerkschaftsartellen vorgelegt worden ist, nach dem die Betriebsräte zusammengeflohen werden sollen, zu Orts- und Bezirksausschüssen, an deren Spitze ein Zentralausschuss stehen soll. Natürlich ist dabei zu gleicher Zeit auch vorgesehen, daß Beiträge erhoben werden und ein Fonds angeammelt werden soll. Zwar wird betont, es sei nicht beabsichtigt, in die Befugnisse der Gewerkschaften einzugreifen. Aber die Pläne sind so durchsichtig, daß ein jeder weiß, was hinterher kommen soll. Die Arbeiter haben alle Ursache, den Anhängern zu wehren, und das geschieht am wirksamsten durch das Verbot der Erhebung von Beiträgen für die Zwecke der Betriebsvertretungen. Das heißt nicht, diese machtlos machen. Es heißt nur, sie vor Illusionen zu bewahren. Die Betriebsausschüsse müssen ihren Mißhalt in den Gewerkschaften suchen und finden. Nur dann repräsentieren sie wirklich die Macht, die dem Unternehmer Respekt einzuflohen geeignet ist.

Zu den Kritikern des Betriebsrätegesetzes gehört auch die Berliner Gewerkschaftskommission, die in ihrer Sitzung vom 7. Januar das Gesetz in Grund und Boden verurteilt hat. Es war das kein Wunder. Die überwiegend aus unabhängigen bestehenden Versammlung mußte ein Referat über sich ergeben lassen, das vor allen Dingen nur eins verriet, nämlich daß der Referent, obgleich er Mitglied des sozialen Ausschusses ist, dem Gesetz gegenübersteht, wie die Kuh dem neuen Tor. Wenn das Gesetz vorliegt, daß erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten, ehe getreift wird, so erblicken wir

darin nur eine Selbstverständlichkeit. Das ist ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz, den ja auch der neue Hauptvorstand der Reichsarbeiter in seinem bekannten Kundensreiben den unabhängigen Heißhörnern neu eingeschärft hat. Aber der Gewerkschaftsausschuss legt eben in all diesen Dingen die Kätebrille auf. Fordert er doch zum Beispiel das Mitbestimmungsrecht bei der Entlohnung. Hier kann es nur heißen: Hände weg. Der Gesetzentwurf sagt ausdrücklich (§ 8): "Die Befugnis der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, wird durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt." So muß es bleiben, wenn der Allgemeinheit nicht schwerer Schaden zugefügt werden soll. Die Betriebsräte dürfen hier nur überwachende Behörde innerhalb des Betriebs sein. Sonst nichts.

Daß der Gesetzentwurf die Bestimmungen über die Einstellung abgeändert hat ist gewiß zu bedauern, zumal wenig Aussicht besteht, sie wieder zu erweitern. Aber hier gilt auch wieder, daß tarifliche Vereinbarungen über dem Gesetz stehen, ebenso Schiedsgerichte, durch die den Arbeitnehmern schon weitergehende Rechte eingeräumt wurden. Sollten hier wirklich die Arbeitgeber kühn genug sein, neue Machtkämpfe zu provozieren, dann wird es auf das Stärkverhältnis der Parteien ankommen, bei denen auch wieder die Gewerkschaften ihren Mann stehen werden. Es ist doch überhaupt nicht zu vergessen, daß alle, auch die weitestgehenden gesetzlichen Vorschriften dieser Art immer nur Papier sein werden, wenn keine starke Gewerkschaft hinter den Betriebsvertretungen steht.

Der Riß im Zentrum.

Zum erstenmal seit seiner Gründung ist das Zentrum von der wirklichen Gefahr einer Spaltung bedroht. Riße im Zentrumsturm hat es zwar immer gegeben, aber selbst bei den heftigsten Auseinandersetzungen kam es immer nur zum Auscheiden einzelner Männer aus der Partei, niemals brach die Partei dagegen ernsthaft zu fürchten, daß die hinter ihr stehenden Massen selber auseinanderfallen würden. Nun ist dieser Fall trotzdem eingetreten und seltsame Ironie der Geschichte, derselbe Mann erhebt das Banner der Spaltung, der vor Jahren in demselben Lande, das er jetzt dem Zentrum abspenstig macht, unter größter Miße den Besitz des Zentrums gerettet hat, der "Bauerndoktor" Georg Heim.

Es gab schon einmal eine Zeit, in der der Besitz des Zentrums in Bayern auf das äußerste bedroht war. Das war damals, als der bayerische Bauernbund gegründet wurde und reichend Anhänger unter der Landbevölkerung fand. Ludwig Thoma hat in seinem bekannten Bauernroman "Andreas Böß" die Stimmung jener Zeit festgehalten, wo der bayerische Bauer des Zentrums doktors überdrüssig wurde und sich einen eigenen Doktor, seinen Bauernbund, verdrückte.

Damals war es Georg Heim, der dem Vordringen des Bauernbundes einen Damm entgegensetzte. Selber Akademiker, verstand er doch durch volkstümliche Sprache und volkstümliches Wesen einen großen Teil der Bauernschaft hinter sich herzureißen. In Genossenschaften und Verbänden zu organisieren, und damit dem Zentrum zu erhalten.

Jetzt aber ist zwischen Heim und dem Zentrum ein Trennungsmoment getreten, das sich selbst als stärker erweist, als der Riß der gemeinsamen kirchlichen Genossenschaft; der bayerische Partikularismus. Die entsetzliche Finanznot des Reiches hat Erzberger gezwungen, unritarische Finanzpolitik zu treiben. Er konnte den Reichsetat nur aufzustehen bringen, wenn er ein allgemeines Steuerverbot des Reiches vor den Bundesstaaten konstituierte. In allen Bundesstaaten haben die Erzbergerischen Steuerpläne starke partikularistische Reaktionen ausgelöst, in Nord und Süd wurde namentlich von den besten Reformministern dagegen protestiert, daß die Bundesstaaten "zu Kostgängern des Reiches" herabgedrückt werden sollten.

Aber niemand ist die Abneigung gegen den Zentralismus so erlosch in die Erscheinung getreten, wie in der Heimat aller partikularistischen Bestrebungen, in Bayern. Sie hat das unumstößlich Erscheinende fertig gebracht, die bisher festeste deutsche Partei zu trennen.

Die Loslösung des bayerischen Zentrums vom Stamme der Partei vollzieht sich unter beachtenswerten Begleiter-

schinungen; sie bedeutet nicht nur ein Erstarken des Partikularismus, sondern auch der Reaktion. Wiederum zeigt sich, wie schon so oft in der deutschen Geschichte, daß Einheit und Freiheit ebenso Hand in Hand gehen, wie Partikularismus und Rückschritt. Die Trennungsbreden auf dem bayerischen Parteitag waren voll von Angriffen gegen die republikanische und demokratische Politik, die das Zentrum unter Führung Erzbergers seit der Revolution getrieben hat. Ein Redner schlug unter stürmlichem Beifall vor, Erzberger zu den Sozialdemokraten abzuschieben, der Parteivorstand, Finanzminister v. Eved, machte sogar in einer dem Delegiertentag nachfolgenden großen Volksversammlung offen in schärfstem Antisemitismus und rief die Verdienste des Hauses Wittelsbach um Bayern, jedes unter stürmlichem Beifall. Mit der Loslösung des bayerischen Zentrums ist also eine entschiedene Rechtschwärzung verbunden.

Welche weiteren Folgen dieser Austritt für das Zentrum haben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Der eigenen Partei scheint der ganz überragend gekommen zu sein, denn der dem bayerischen Zentrum angehörende Reichsfinanzminister Mauer (Kaufler) konnte bisher sich noch nicht darüber äußern, welche Folgen die Parteipaltung für seine Ministerialität haben würde. — Für die Sozialdemokratie liegt aller Anlaß vor, die Weiterentwicklung im Zentrum genau zu verfolgen und zu beobachten.

Das führende Organ des bayerischen Zentrums, der "Bad Beobachter" sagt über die Spaltung im Zentrum: "Am diese Vorhänge zu verstehen, muß man daran denken, daß Dr. Heim schon seit längerer Zeit die bayerische Bauernschaft gegen das Reichszentrum mobil machte und zwar mit allen demagogischen Mitteln, auf die sich Dr. Heim von jeher ausgezeichnet verstanden hat. Es scheint Dr. Heim auf diese Weise gelungen zu sein, die Bauern auf seine Seite zu bringen. Zugleich knüpfte er Beziehungen zum bayerischen Bauernbund an, der von jeher im Gegensatz zum Zentrum stand... Dr. Heim belohnt sich ja auch ausdrücklich zu einer bayerischen Sonderpolitik, denn er betont ausdrücklich vor allem gelbes die Wahrung bayerischer Interessen... Durch seine Tätigkeit hat der Bauernschaft fast ein und breite Grundlage geschaffen... Wir können nicht glauben, daß der Parteilag in München wirklich das letzte Wort in dieser Richtung gesprochen hat. Wir halten den Befehl für unheilvoll, wie wir eine Führung durch Dr. Heim für bedenklich halten. Die Trennung der Bayern vom Zentrum ist tief zu beklagen. Es ist schwer anzunehmen, daß sich die Opposition gegen die Heimischen Pläne und seine Führerschaft ohne weiteres mit dem zufrieden gibt, was die Mehrheit beschlossen hat."

Die Verhandlungen über die Durchführung des Friedensvertrages. In zuständiger Stelle erfahren die V. B. N.: Die Verhandlungen über den Danzig u. Memel sind gestern zum Abschluß gelangt. Unsere Beamten bleiben dort einwöchentlich in Katalien. Auch die Verhandlungen mit den Polen sind so weit erledigt, — es sind nur noch einige wenige wichtige Fragen offen —, daß heute nachmittag die Unterzeichnung der Protokolle erfolgen kann. Für das Beamten-Abschließen wird, da die Polen keine Konfessionsurkunde besitzen, ein Zusatzvertrag geschlossen werden. Im Zusatzprotokoll zum Beamtenabkommen ist die Verlängerung der Tätigkeit der Richter bis zum 31. März 1920 vorgesehen.

Die Verhandlungen über das Galtziner Ländchen sind auf Montag vorüber, weil die tschecho-slowakischen Delegierten keine Instruktionen hatten.

Im Saargebiet soll auf Beschluß des Obersten Rates bis zur Einsetzung der Regierungskommission ein Regimes der Militärkontrolle durch den französischen Generalinspektoren eingerichtet werden, dessen Dauer nach Erklärung von französischer Seite auf einige Wochen zu veranschlagen ist. Während dieser Zeit soll möglichst wenig an den bestehenden Verhältnissen verändert werden, um der Regierungskommission nicht vorzugreifen. Zur Regelung der administrativen, gerichtlichen und finanziellen Fragen, die eine schnelle Lösung bedürfen, werden besondere Verwaltungsmassnahmen getroffen werden. Die Tätigkeit der Gerichte, deren Bezirk durch die neue Grenze durchgeschnitten wird, soll nicht erschwert werden. Wegen der Eisenbahndirektion Saarbrücken hat der Oberste Rat beschlossen, daß an der Schaffung einer besonderen Eisenbahndirektion für das Saargebiet

Wieder machte er ein paar Schritte, blieb dann jäh stehen und sagte: "und nun gar der Gedanke, daß das meine Tochter ist — hui Teufel!"

Nach dieser Einleitung wurde er ruhiger und erzählte einigermassen zusammenhängend, daß er mit Monberg gesprochen habe und daß dieser ihm gesagt habe, daß Anderen gesagt habe, daß sie gesagt habe —

Endlich kam er heraus, daß der Schneider ihm Marens Verlobung mit Anderen betrauten hatte — das war die Hauptsache.

"Mit einem Schneider!" flüchte er höhnisch hinzu. "Mit so einem armen Schuder, der nicht einmal das Salz aufs Brot verdient. Doch, ich wollte ja noch gar nichts sagen, wenn der Bürsche wenigstens ein ehrlicher Kerl wäre — aber ein Dieb, ein Spitzdube, der uns unsere paar Spargroschen stiehlt!"

Verzweifelt hob er die Arme zu der schmutzigen Decke empor.

"Er hat nicht gestohlen," sagte Marens. "Ich glaube es nicht, und wenn es die ganze Welt behauptet." "Du bist eine laubere Person, du. Wirst dich dem ersten besten an den Hals —

"Das darfst du nicht sagen, Vater —. Anderen und ich haben einander gern. Wir lieben uns!"

Kaum waren ihr diese entsetzlichen Worte entfahren, wurde sie dunkelrot. Aber Lars Varlen hatte sie gehört und wiederholte höhnisch:

"Wieviel! Was willst du sagen? Man liebt einen ehrbaren Mann, der einen ernähren kann; aber so einen erbärmlichen Stümper —"

"Ich heirate nicht des Geldes wegen wie du," rief sie trotzig.

Das traf ihn wie ein Schlag ins Gesicht. Die Gesichtsfarbe seiner eigenen Ehe stand vor ihm, und er mußte sich geteuer daß sie nicht lustig gewesen war, wollte das aber natürlich um keinen Preis zugeben. Darum verdächtigte er hinter einer heuchlerischen Ehrerbietung vor der

(Fortsetzung folgt.)

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

„Nun ja, ich gebe zu, daß das für einen Durchschnittsmenschen etwas viel ist.“ entgegnete Christensen. — „Wir ändern, die mehr denken, nehmen dergleichen nicht so ernst. Wir sehen täglich, wie die Wahrheit unterliegt und das Unrecht sich breit macht; aber es ärgert uns nicht. Das Böse ist ebenjogut ein Wunder wie alles andere.“

„Auch der Vater ist ganz sonderbar geworden.“ fuhr Marens fort. „Ehe die Mutter starb, sprach er immer davon, wie gut wir es bekommen sollten, wenn er über das Geld verfügen könne — und jetzt ist er gerade so geizig, wie die Mutter war. Ist das nicht traurig?“

„Sehr traurig.“ stimmte Christensen bei.

„Er dreht und wendet jeden Groschen — es ist nicht zum Aushalten. Vielleicht versuchen Sie es, ihn ein wenig zur Vernunft zu bringen, ja?“

„Das wird schwer halten, kleine Jungfer! Wenn ich ihn mit der Gölle einschüchtern oder mit dem Himmelreich locken könnte, ginge es vielleicht. Aber nur auf dem Wege der Vernunft läßt sich nicht viel anrichten, denn nach ihr greifen die Menschen zuletzt.“

„Sie sollten es dennoch versuchen, Christensen. Es wäre ein Segen für uns alle, wenn Sie ihm die Augen öffnen könnten. Denken Sie doch, wir haben achtzigtausend Kronen auf der Sparkasse, und dabei leben wir wie arme Leute. Achtzigtausend! Das ist viel Geld, das weiß ich.“

„Wie man's nimmt.“ sagte Christensen ruhig. „Man kann mit achtzigtausend Kronen viel Böses und vielleicht auch ein bißchen Gutes tun. Ich werde mir überlegen, was Sie gesagt haben; vielleicht ist es doch möglich, auf Lars Varlen einzuwirken.“

„Der Vater ist von Natur aus herzengut.“ erklärte Marens, „er läßt sich nur von etwas Bösem beeinflussen. Die Macht des Geldes ist wohl stärker als er.“

„Sie ist stärker als wir alle.“ erwiderte Christensen.

„Es gibt etwas, das man die soziale Frage nennt, etwas

idirektlich Verwickeltes, das von dem unglückseligen Mißverständnis herrührt, daß das Geld, das der Diener der Menschen sein sollte, ihr Herr geworden ist. — Am allgemeinen beschäftige ich mich nicht mit diesen nebensächlichen Dingen, denn ich habe ausgerechnet, daß sich dieser Fehler im Laufe von ein- bis zweitausend Jahren von selbst ausgleichen wird, und ich habe ja Zeit, zu warten. Aber das haben Sie vermutlich nicht, und so ist es in diesem einzelnen Fall wohl am besten, die Sache rasch in die Hand zu nehmen. Ich werde mit Ihrem Vater sprechen!“

„Gute Nacht?“

„Auch heute, wenn Sie es wünschen. Doch jetzt lassen Sie mich gehen. Ich muß Zeit haben, um mich auf das vorzubereiten, was ich sagen will. Das ist der einzige Vorteil, den ich vor den meisten voraus hab, daß ich denken kann, ehe ich handle. Darum veräume ich selten, es zu tun.“

Darauf nickte er Marens tröstend zu und entfernte sich langsam und würdevoll wie ein Universitätsprofessor.

Lars Varlen hatte sein Heim verlassen wie ein Sturmwind und kam als Orkan wieder.

Er trabte die Treppe hinauf wie ein rasender Elefant, riß die Türe auf, so daß der Luftzug die Klügelgardinen hoch aufblähte, warf seinen alten Hut auf den Boden und rannte über die morschen, knarrenden Bretter des Zimmers hin und her.

Verwundernd schaute ihn Marens an; so erregt hatte sie ihren Vater noch nie gesehen. Es konnte von allem möglichem herrühren; sie wagte nicht, ihn zu fragen, was geschehen sei.

Endlich kam die Erklärung — stückweise — in zornigen Ausbrüchen.

Er stellte sich mitten ins Zimmer, stemmte die Hände in die Seiten, scharte Marens fest an und sagte heftig: „Hui Teufel!“

Dann lief er wieder ein paarmal auf und ab, putzte sich die Nase, trocknete seine Stirn und grinst vor Mut.

„Ein Schneider — ein Spitzdube!“ rief er sich selbst.

Mr. 11
Lebr...
die Einri...
auf den...
sozialdem...
gramm d...
zeitig re...
heute fr...
schlich...
daß ich...
natürl...
L. G...
abends...
statt mi...
trag des...
sammlun...
trotzdem...
bevorzue...
ligen.
Die bad...
Der...
weillich...
hände, d...
und der...
nen B...
Fetze...
santen i...
schaffen...
langen d...
und erkl...
geben, d...
und fogi...
antwort...
selnen M...
ten Aus...
die Ku...
beschäft...
werden.
Der...
gegebene...
im letz...
gewonnen...
der Vor...
überfrie...
die dier...
tion. M...
auch die...
stehende...
Der...
hat in r...
lichen B...
nen W...
nerhalb...
abhängig...
Natten...
zirke...
gründet...
men, da...
beziehen...
hen kan...
spiel im...
Stellen...
Klassen...
und des...
Wirt...
ten W...
Rechnun...
schemen...
eigen...
gegründ...
2000 M...
nicht me...
ten Arb...
nicht me...
der Auf...
Reiner...
in de...
Kähere...
bestehen...
Ges...
wurde i...
aus dem...
stret an...
Mar...
haben b...
Friedens...
beschlag...
Mar...
aus Sa...
von pat...
Kärter...
in Gau...
Inse...
er M...
Redar...
stellt w...
einem e...
stenden...
lungsnet...
ohne ele...
melbet...
der zu...
Hekt...
daß die...
Plusses...
hat das...
Auf...
deutsche...
hats au...
Konjunct...
in Scha...

gründlich festhalten sei. Während des Provisoriums sollen im Saargebiet deutsche Briefmarken mit dem Aufdruck „Saar“ verwendet werden.

Die bereits mitgeteilte haben die Parteien auf unsere Note, in der mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gebiete von Remel, Danzig, Allenheim, Edleswig und Oberlesien um eine mögliche Befreiung der für diese Gebiete vorgesehenen alliierten Besatzungen ersucht wird, mit dem Hinweis geantwortet, daß die Zahl der Besatzungstruppen durch die Nichtbeteiligung der Amerikaner an der Besetzung ohnehin schon eine Verminderung um etwa ein Viertel erlitten. Hiernächst seien folgende Herabsetzungen der Besatzungstruppen einzuführen: nach Schleswig kommen statt drei nur zwei Bataillone, nach Danzig statt vier nur drei, nach Allenheim statt vier nur zwei, nach Oberlesien statt sechs nur zwei. Nach ausdrücklichen Versicherungen von Entente-Seite sollen die Besatzungstruppen weiter vermindert werden, wenn es sich nach einiger Zeit herausstellt, daß Ruhe und Ordnung gesichert bleiben.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Daß der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vom Kabinett verabschiedet worden ist, wird im Volk mit einem Aufatmen der Erleichterung begrüßt werden. Die Ständurteile in den Fällen Marloh und Hiller haben dieser Institution moralisch das Genick gebrochen. Man kann nur bedauern, daß noch ein Jahr über die Revolution hinaus eine Einrichtung weiter bestehen dürfte, die in der demokratischen Republik einen bölligen Fremdkörper bedeutet. Die Kriegsgerichtsgerichte, die während dieses Zeitraums errichtet sind, haben dem Ansehen des neuen Deutschland mehr geschadet als irgend etwas anderes. Bis zuletzt haben die Reaktionsäre mit erbitterter Zähigkeit um den Fortbestand der Kriegsgerichte gerungen. Die Regierung hat sich nicht ins Hochhornd jagen lassen. Die Abschaffung der Kriegsgerichte muß nun schleunigst und reiflich zur Tat werden. Mit den Reaktionsären darf es kein Paktieren geben. Noch ein Urteil à la Hiller oder à la Marloh würde von der Öffentlichkeit einfach nicht ertragen werden. Die Kriegsgerichte haben sich selbst ihr Grab gegraben. Werft das Scheitel in die Wolfsjährluch!

Gegen wen?

Die unabhängige „Freiheit“ veröffentlicht ein verkaufliches Rundschreiben der Metallindustriellen vom 23. Dezember 1919, in dem für den Fall der Verabschiedung des Betriebsräte-Gesetzes die Stilllegung sämtlicher Betriebe als Abwehrmittel erwogen wird. Der Plan ist äußerst bemerkenswert, zeigt aber jedenfalls deutlich, mit welchen Gefühlen das Unternehmertum dem Betriebsrätegesetz gegenübersteht. Trotzdem schreibt dieselbe „Freiheit“ zwölf Stunden darauf, daß das Betriebsrätegesetz nur dafür sorgen helfe, daß die Herren im Gewerbe Alleinherrscher im Betriebe bleiben. Wahrscheinlich ist das der Grund, aus dem die Unternehmer ihre Betriebe bei Annahme des Gesetzes schließen wollen! Gleichzeitig agitieren die Radikalen dafür, die Annahme des Betriebsrätegesetzes mit einem Generalstreik zu beantworten. Verriete Welt! Krupp, Vorfig, Siemens, Siemens und — Spartakus Arm in Arm!

Von der Eisenbahnerbewegung.

In einem Aufruf der Reichsregierung und der preussischen Regierung an die Eisenbahner heißt es:

Die Eisenbahnen stehen in diesen Zeiten des Vaterlandes im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Nation. Was wir in dem unglücklichen Wien schauernd miterleben, ein Massensterben der Säuglinge und der Greise, kann auch bei uns ausbrechen, wenn keine Milchzüge mehr in die Städte kommen. Und warum? Nicht weil die Eisenbahner nicht noch unter dem Zwang der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten. In neun Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich eine Mark erhöht. Eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenschaft ist eine Lohnerhöhung von 150 Prozent bereits zugesagt, d. h. eine

Mehrbelastung von mehreren Milliarden und eine Verschärfung der Lebensstarife für Personen und Güter.

Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen schüren aber den politischen Kampf. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod. Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluß stellt uns vor schwere Pflichten. Weichen wir mit unseren Verpflichtungen im Rückstand, so drohen uns neue Repressalien und Belästigungen. Nein, die preussische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volk zu: Laßt Euch diese wilden Bedrohungen nicht bieten. Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahner im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag zieht den Hungerriemen der gezwungenenmaßen feiernden Arbeiter enger und beschwert außen- und innenpolitisch Glend heran. Laßt nicht weiter mit Euch spielen. Jagt die Verführer von Euch! Macht Euch nicht mitschuldig am Unglück Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen.

W.B. Düsseldorf, 14. Jan. Die Eisenbahndirektion Elberfeld hat folgende Verfügung erlassen: Der Reichskommissar Geering ist zum Eisenbahnkommissar für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Minden, Münster und Arnsberg ernannt worden. Entsprechend seinen Anordnungen werden sämtliche im Auslande befindlichen Arbeiter aufgeföhrt, die Arbeit spätestens innerhalb 24 Stunden nach dem Bekanntwerden des Befehls wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, ist als entlassen zu betrachten. Die Lohnzahlung erfolgt vom Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme an und nur für die Zeit der wirklichen Arbeitsleistung. Die Stellung von Lokomotiven und Wagen an die Streikleitung ist nur noch mit Genehmigung des Reichskommissars zulässig.

Vom Düsseldorf Hauptbahnhof aus verkehren heute wieder die Züge nach allen Richtungen mit Ausnahme der Strecke über Duisburg. Der militärische Wahn ist für den ganzen Bezirk angeordnet worden.

W.B. Berlin, 14. Jan. Der Eisenbahnerstreik flaut zur Zeit etwas ab. In Oberlesien ist der Streik beilegt. Im Bezirk Breslau ist der Streik fast vollständig beendet. Im Bezirk Elberfeld ist die Arbeit fast überall wieder aufgenommen.

Deutsche Nationalversammlung.

(185. Sitzung.)

Berlin, 13. Jan.

Der Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Abg. Geier (N.S.) Einpruch gegen die Besetzung des Hauses mit Reichsangehörigen. Es sei dem Parlament unwürdig, unter solchen Umständen zu tagen. Das bedeute die Wiederherstellung der Militärherrschaft. (Lachen bei der Rede.)

Präsident Fehrenbach: Ich hatte weder das Recht, noch den Anlaß, die von der Regierung für notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen zu unterbinden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Während des Verichts, der vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) erlattet wird, werden im Saale Gerüchte über die vor dem Gebäude stattfindenden Kämpfe laut, worauf die Unabhängigen, von Tribünenbesuchern unterstützt, mit wilden lärmenden Zurufen den Schluß der Sitzung zu erzwingen suchen.

Präsident Fehrenbach verläßt, als der Lärm die Fortsetzung des Verichts unmöglich macht, um 3 1/2 Uhr den Präsidentenstuhl.

Der Präsident eröffnet um 4.10 Uhr wieder die Sitzung unter dem Ausdruck des schmerzlichen Bedauerns, daß Unruhen vor dem Reichstagsgebäude Verwundungen, und zwar auch solche tödlicher Art, zur Folge gehabt hätten. Die Schuldfrage lasse sich jetzt nicht feststellen. Es entspreche aber gewiß dem allseitigen Empfinden, wenn man den Angehörigen der Opfer die Teilnahme des Hauses zum Ausdruck bringe. Es komme jetzt alles darauf an, wegen des Einbruchs im Saale und im Auslande die Ruhe zu bewahren. Das wichtigste Dokument aber dafür sei, daß das Parlament seine Arbeiten fortsetze.

Abg. Geier (N.S.): Ich würdige die Gründe des Präsidenten, aber ich meine, es würde den denkbar schiedlichsten Eindruck auf das Ausland machen, wenn wir jetzt in der Beratung fortfahren.

Präsident Fehrenbach: Es geht aber zum Heile der Demokratie, daß sich die Mitglieder der Mehrheit fügen.

Abg. Geier (N.S.): In meiner Erregung bin ich jetzt nicht imstande, der Beratung beizuwohnen. Es vertritt eine Mehrheit des Gemüts, jetzt zu verhandeln. Der Beratungsantrag der Unabhängigen findet nur unzureichende Unterstützung der Antragsteller.

Abg. Schneider (Dem.) beruft sich darauf, seinen Bericht fortzusetzen. Die Unabhängigen können fortbauend durch Schlußrufe und heftiges Ausschlagen mit Wägen auf die Tribüne.

Präsident Fehrenbach ruft dazwischen: Ist Ihre Benehmen Achtung vor den Taten?

Es folgen zahlreiche, oft dreimal wiederholte Ordnungsrufe. Als der Lärm fortbauert, erklärt der Präsident um 4 1/2 Uhr: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde und unterbringe den Abgeordneten Lautant und Geier, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Der Präsident eröffnet die Sitzung erneut um 5.10 Uhr. Die Abg. Lautant, Düvel und Geier sind im Saale anwesend. Der Präsident bemerkt: Als ich vorhin über die bedauerlichen Vorgänge sprach, konnte ich nur erwähnen, daß Bewundungen, vielleicht sogar tödlicher Art, vorgekommen seien. Jetzt aber steht die betrübliche Tatsache fest, daß etwa zehn Todesfälle zu verzeichnen sind. Das verändert die Sachlage. Die Toten sind zum Teil in unser Haus gebracht worden. Angehörige dessen, welche ich jetzt selbst vor, sich zu betragen. Für die Opfer haben wir schmerzliches Bedauern und sprechen den Angehörigen das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aus. Die Mitglieder hören stehend diese Ansprache an.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Kontinuation der Beratung über das Betriebsrätegesetz. Schluß 5.15 Uhr.

Badische Politik.

Aus der Generaldirektion der bad. Staatsbahnen. Wie wir hören, ist der Konflikt zwischen dem Finanzminister Dr. Wittich und dem Generaldirektor der Staatsbahnen Staatsrat Schütz beigelegt. Das vielfach vermutete Ausscheiden des Generaldirektors aus dem Staatsdienst kommt sonach nicht mehr in Frage. — Zu Kollegialmitgliedern der Generaldirektion der Staatsbahnen sind die Oberbetriebsinspektoren Bertram in Karlsruhe, Ganz in Karlsruhe, Oberbauinspektor Schmitz in Karlsruhe, Bauinspektor May in Mannheim und Betriebsinspektor Max Bach in Karlsruhe ernannt worden. Diese Ernennungen waren die Ursache des Konflikts.

* Treiberlein gegen die Ernährungswirtschaft. Die „Karlsruh. Ztg.“ weist darauf hin, daß die §§ 110 und 111 des Reichsstrafgesetzbuchs die rechtliche Grundlage bieten zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen die, die planmäßig und öffentlich zum Vorstoß gegen die wirtschaftlichen Verordnungen auffordern, auch dann, wenn die Aufforderung ohne Erfolg geblieben ist. Die Bezirksämter wurden angewiesen, bei der Staatsanwaltschaft eine Einschreiten zu beantragen, wenn eine Aufforderung zur Befolgungspflicht nicht nachzukommen durch Zeitungen oder in Versammlungen erfolgt ist.

gr. Deutscher Ausverkauf. Einem Karlsruher Mann wird von der Schweizer Grenze geschrieben, daß dort eine Papierfabrik 60 Wagen Papier in die Schweiz geschafft hat, die dort lagern, ohne daß ein Gegenwert nach Deutschland zurückfließt. Ferner würden in Weizen (Amt Weindorf) für den Rentner Heu 100 Mark bezahlt, da dieses Heu nach der Schweiz wandert. Auf diese Weise kommt es, daß die Güterbahnhöfe in Basel und Zürich und die Raucherhäuser der schweizerischen Städte mit deutschen Waren überfüllt sind, während Deutschland immer mehr verarmt und verelendet. Die Regierung hat alles Interesse, hier nach dem rechten zu sehen, damit nicht der fortgesetzte „Ausverkauf“ unsere Wirtschaft und unser Volk völlig ruiniert.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Kaufkraft der Mark. Man kaufte in Köln am 9. Januar:

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries for English pound note (193-195 M), French franc (458 1/2 - 481 1/2 M), Swiss franc (464 - 468 M), Dutch guilder (1968 M), and German mark (1965 M).

Gemeindepolitik.

m. Obergrombach, 12. Jan. Rechten Samstag, abends 1/8 Uhr, fand eine Gemeindevorordneten-Versammlung statt, die zwei Vorlagen zu beraten hatte. 1. Aufstellung des Voranschlags. Es handelte sich darum, ob der Voranschlag bis zum 31. März d. J. aufgestellt werden soll oder nicht. Es wurde einstimmig mit Zustimmung beschlossen. Der 2. Punkt betraf die Aufstellung der Gemeindeverwaltung. Der Vorstand der Gemeindeverwaltung wurde einstimmig angenommen.

Im Anschluß an diese Sitzung, in der auch noch die Kirchenverwaltung zur Sprache kam, wurde das Verhalten der Firma Brown u. Boveri unserer Gemeinde gegenüber einer eingehenden Kritik unterzogen. Seit Februar 1919 ist die Firma Brown u. Boveri A.G. in Mannheim, Büro in Karlsruhe, mit der Anlage des elektrischen Lichts in unserer Gemeinde beschäftigt. Bei Beginn der Arbeit glaubte man, schon in eini-

gen Wochen Licht zu haben, aber leider kam statt dessen große Enttäuschung. Die Firma ließ zuerst die Hausleitungen legen, dann das Licht. Bei der Fertigstellung der Hausleitungen konnte man schon bald nicht mehr mit ansehen, wie die Arbeit verrichtet ging. Und als es an das Dorfnetz ging, da hätte man vielleicht ganz verzweifeln können. Ganze vier Mann kamen an. Wiederholtes Vorstellwerden seitens der Gemeinde bei der Firma blieb ohne Erfolg. Die Firma redete sich heraus, sie hätte ja Leute schicken wollen, aber sie bringe die Leute nicht unter, sie bekämen keine Quartiere. Wir geben zu, daß etwas Wahres daran ist. Man muß aber bedenken, daß die hiesigen Einwohner empört über das Verhalten der Firma sind wegen deren Trüerei. Die Geduld der Einwohner ist nun zu Ende. Sie verlangen unbedingt von der Firma in allerhöchster Zeit Licht. In der Gemeinde Weingarten hat die Firma erst im Nachhomer mit der Arbeit begonnen, und heute schon hat die halbe Gemeinde Licht. Wir fragen nun die Firma, was sie zu tun gedenkt. Auch das Arbeitsministerium bitten wir, sich einmal der Sache anzunehmen.

Wiesbaden, 12. Jan. Der Bürgerausschuß nahm einen Antrag an, die Tabakverarbeitung der Gemeinde 1919 in Gemeindegewalt zu übernehmen. Es hatten sich bereits 44 arbeitslose Tabakarbeiter gemeldet. Bürgermeister Fischer erklärte, daß die Gemeinde den Gewinn, den die Datsag mache, auch einsehen könne.

Wiesbaden, 14. Jan. Die Ausflucht des Waldgeländes im Stollenwald hat begonnen und wird die Fläche voraussichtlich bis im März anbaufähig sein. Diejenigen Einwohner, die bis jetzt noch kein Feld erhalten konnten, sollen dann bei der Verpachtung im Stollen zuerst berücksichtigt werden. — Der Gemeinderat hat den Milchpreis für Vollmilch auf 1.40 und für Magermilch auf 48 Pf für das Liter festgesetzt. Der Milchpreis beträgt demnach, wenn das Alphabet abgelassen ist, 7 M.

Aus der Partei.

Die Untersuchung im Fall Elzars.

In der Angelegenheit der Aufsehen erregenden Anschuldigungen, die seitens der Herren Sonnenfels, Vater und Sohn, Baumeister u. a. gegen hervorragende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wegen ihrer Beziehungen zu den Geschwägern Elzars erhoben worden sind, wird berichtet:

Der sozialdemokratische Untersuchungsausschuß zum Falle Elzars war am 9. und 10. Januar, vormittags, zu ausgedehnten Sitzungen im Reichstagsgebäude versammelt. Der Ausschuß hörte den Abgeordneten Scheidemann, den Volkspräsidenten Eugen Ernst, die Herren Baumeister, Sonnenfels Sohn, Georg Elzars, den Schwiegersohn Scheidemanns Hans und den Ministerialdirektor Kaufser. Der Reichspräsident Elbert äußerte sich ebenfalls zu den Beschuldigungen gegenüber dem Ausschuß schriftlich und mündlich. Der Reichskanzler Bauer und der Abgeordnete Wels machten schriftliche Aussagen.

Für das bisherige Ergebnis der Untersuchung ist der Antrag gezeichnet, den der Ausschuß einstimmig am 10. Januar an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtete. Er beantragt beim Parteivorstand, die Parteigenossen, die im Zusammenhang mit dem Falle Elzars von der Presse oder sonst in der Öffentlichkeit ehrenrührig angegriffen wurden, zur Erhebung von gerichtlichen Anträgen aufzufordern und ihnen auf Parteikosten Rechtschutz zu gewähren. Es handelt sich — so führt der Antrag aus — nicht nur um die Ehre der Parteigenossen, sondern noch mehr um das Ansehen der Partei. Solche Prozesse dürfen nicht etwa deshalb unterbleiben, weil den angegriffenen Parteigenossen die Mittel zur Durchführung der Prozesse fehlen.

Sonnenfels (der Hauptangeklagte) erklärte im Ausschuß u. a., er traue weder Scheidemann noch anderen damaligen Volksbeauftragten zu, daß sie auf den Tod Liebnechts oder Rosa Luxemburgs eine Bestimmung ausgeübt hätten. Elzars, wie Baumeister verweigerten sich dagegen, für die vielen in der Öffentlichkeit gegen führende Sozialdemokraten aufgestellten Behauptungen verantwortlich gemacht zu werden. Sie selbst wämen aus eigenem Willen keine ehrenrührigen Behauptungen gegen sozialdemokratische Parteimitglieder erhoben.

Darnach ist das Gebäude der Anklagen, die in der links wie in der rechtsradikalen Presse gegen die führenden Genossen unserer Partei erhoben worden sind, auf sehr schwindendem Fundament zu ruhen. Der Mär von den Krämen auf die Köpfe Liebnechts und Rosa Luxemburgs scheint bereits ein Ende bereitet zu sein, und ähnlich wird vermuthlich auch den übrigen „unabhängigen“ Enthüllungen gehen. Der einstimmig angenommene Antrag des Untersuchungsausschusses, durch eine umfangreiche Privatklagen-Aktion vor einwandfrei unparteiischen Gerichten völlige Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, scheint uns den einzig richtigen und allein zu dem gemeinsamen Ziel führenden Weg zu gehen.

Herr Georg Dietrich und die Bulacher Einigungsaktion.

Die kürzliche Einigungsvereinbarung der sozialistischen Arbeiter von Bulach hat im „unabhängigen“ Lager verschiedene Wirkungen ausgelöst. Während die Karlsruher „Sozialistische Republik“ mit einer geradezu aufwallenden, von diesem Blatte völlig ungeahnten Schlichtigkeit von der Verjüngung Notiz nahm und deren Ergebnis natürlich ablehnte, jagte dagegen das Mannheimer „Vorderblatt Die Tribüne“ aus ihrer Gaudegrube einen mahnenden G. D. (Georg Dietrich?) gezeichneten Artikel über Bulach, um es über den Sünder Quenzer, den Redner in der Bulacher Verjüngung, auszusprechen. Da nicht angemessen ist aus diesen und jenen Gründen, daß eines der unabhängigen Blätter eine Einigung ihres Parteifreundes Quenzer aufnehmen werden, stellen wir ihm den Raum zur Verfügung, um das zu sagen, was er auf die „Ergüsse“ der „Tribüne“ zu sagen hat. Quenzer schreibt uns:

In recht gebührender Weise, ohne auf den Inhalt meines Vortrages über die „Einigung“ einzugehen, greift mich Georg Dietrich in der „Tribüne“ persönlich an. Ich würde auf das Geschimpfe gar nicht eingehen, wenn in ihm nicht auch tatsächliche Unrichtigkeiten enthalten wären. Zunächst ist es unrichtig, daß ich in Bulach eingeschriebenes Mitglied der U.S.P. bin, sondern ich bin Mitglied der Karlsruher Ortsgruppe. Dietrich scheint sich zu irren, wenn er sagt, er hätte mein Aufnahmegeluch zerissen, ich glaube eher, daß er die Hundert Mark Kriegsanleihe, die ich ihm für den Pressefonds übergab, zerissen hat, denn trotz mancher Anfrage an maßgebende Personen, in der U.S.P. wollte man von dieser Spende keine Kenntnis haben. Diese Spende sollte unter Umständen in der „Republik“ quittiert werden: Was jetzt ist das noch nicht gegeben! Daß ich im „Evangelischen Gemeindeboten“ schon Artikel geschrieben habe, ist richtig, ebenso im „Karlsruher Tagblatt“. In beiden Fällen handelt es sich nicht um parteipolitische Beiträge. Zur Mitarbeit bei Redaktionsblättern habe ich mich eben noch nicht aufzuwingen können, das überlasse ich den Dietrich und Genossen.

Daß ich von Zeit zu Zeit von mir reden machen will, gebe ich zu. Ich rechne es mir zum Verdienst an, einmal den Arbeitern gezeigt zu haben, daß sie von den Präsenzen gewisser Arbeiterführer sich nicht verblüffen lassen sollen. Die fragliche Verjüngung in Bulach fand unter dem Vorsitz des Genossen Schmidt statt. Derselbe ist Vorsitzender der U.S.P. in Bulach. Bemerkenswert ist noch, daß der Genosse, der seinerzeit die Spaltung in Bulach hervorrief, heute an anderer Partei mehr angehört.

Erstarken auch der so oft in der ebenen Sand schritt. Die waren voll iche und rum unter rieben hat r, Erzberger eiborübende, r dem Tele- mung offen s die Ver- agern, bei- r Lösung d iedene

der "Bad- um: an denken, age rische um m abili auf die hie Es scheid Bauern auf hungen zum n Gegen- ja auch aus- betont aus- Interessen. schaft hat n eine feste können nicht lehte Wort n den Be- rung durch der Bovern angunehmen, und seine t, was di-

cht. hührung

ie Verhand- ulf gelangt. eit erledigt, n - das e erfolgen kelen keine nissen werf- die Ver- 1920 ber- en sind auf Delegierten ats bis zur er Militär- teur einget- ransfranzösi- erend dieser vortzuzrei- und finan- rden beson- e Tätigkeit d geschnitt n Änderung der Schaf- Saarnet

dann jäh n e Loch- d erzählte Blomberg, das An- n Marens war die zu. "Mit Salz auf's t's lagen, wäre - nar Spar- gen Rede ch glaube t." dlich dem rjen und eufahren, ie gehört inen ehr- einen er- rief sie Die Ge- nkte sich h aber erlangte vor der

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 14. Januar. Willkommen!

* Wie die Zeitungen meldeten, ist der Friede von Versailles jetzt in Kraft gesetzt. Wenn nun auch dieser Krieg den deutschen Volk unerbittliche Lasten auferlegen wird, so freuen wir uns doch, daß überhaupt endlich Friede ist, daß die Angst vor den Kriegsrepressionen von seiten unserer Feinde vorüber ist und daß wir wenigstens einigermaßen auf festen Grundlagen unsere Zukunft aufbauen können. Vor allem aber freuen wir uns, daß endlich unsere Brüder, die in langer und schwerer Gefangenschaft schmachteten, heimkehren dürfen, ein Lichtblick, der unsere Herzen froher zu stimmen geeignet ist. Frankreich will täglich 6000 Mann heimbeibringen. Diese Zahl wird wohl nicht immer einzuhalten sein. Daher wird mindestens ein Vierteljahr vergehen, ehe der letzte Gefangene heimgeführt ist. Aber wir wollen auch unsere Erwartungen nicht zu hoch schrauben, denn der Franzose mühte sich plötzlich arg verändert haben, wenn er nicht so oft wie möglich bei Vergeltung irgend einer Vertragsbedingungen - Auslieferungstrag - wieder mit Einstellung der Transporte drohen sollte.

Aber sei dem, wie ihm wolle. Wir wollen zunächst annehmen, die Franzosen wollen jetzt ihrem Verprechen gemäß mit dem Abtransport beginnen. Welcher Nabel und welche Freude wird das für so manne Familie, für manne Mutter, Gattin, Braut und Kinder sein. Welcher Schmerz aber auch für alle die, die immer noch gehofft haben, ihren Vermissten doch noch unter den Heimkehrenden begrüßen zu können und die jetzt vergebens harren. Schwere Wunden bluten auf's Neue.

Jetzt gilt es tapfer und mutig in die Zukunft zu blicken. Leicht wird es nicht haben. Wo es möglich ist, müssen wir den Vertrag erfüllen. Wo es nicht möglich ist, muß er revidiert werden; dazu diene uns der Völkerverbund, in den wir eintreten wollen und müssen. Jetzt gilt es, innen- und außenpolitisch das Vertrauen der Welt wieder zu erobern.

Der Bücher mit Leder.

Man schreibt uns: Es kommt nicht so sehr auf die jetzt fast täglich und in fast allen Zeitungen erscheinenden Kritiken über die täglich wachsende Teuerung an, als deren Ursachen zu erforschen. Bei Auslandsware ist die Teuerung fast ausschließlich auf die immer schlechter werdende deutsche Fäbrung zurückzuführen, die nur zu beheben wäre durch Verbesserung der Einfuhr auf das Allernotwendigste und Steigerung unserer Ausfuhr. Die Ausfuhrpreise wären den Weltmarktpreisen annehmend gleichzusetzen, um dabei eine Verschleuderung deutschen Gütes als Folge der schlechten Währung zu verhindern. Schärfe Überwachung der Ausfuhr, damit die Preisgewinne vom Staate herangezogen werden.

Sinnlich der im Ausland hergestellten Waren wird viel in Bezug auf Preise gefordert, soweit bei Artikel des täglichen Bedarfs in Frage kommen. Als im Laufe des vergangenen Sommers Leder der Braungewerkschaft entgegen wurde, stieg der Preis für Leder ins Unerhörte. Schuhfabriken erhöht ihre Preise sowohl für ihre Fertigschäfte als auch für die reichlich vorhandenen Rohmaterialien am gleichen Tage, um nur nicht unter den Lärz preisen des jetzigen Standes des Leders zu kassulieren. Von den Lederhändlern mit ihren großen Ragen wurden Reiseerwinne eingeleistet. Hat man etwas davon gehört, daß man ihnen von der Preisprüfungsstelle irgendwie zu Leibe gerückt ist? Geht die Preisprüfungsstelle erst bei Angabe bestimmter Fülle vor und beschränkt die Augen bei plötzlicher Veränderung der Marktverhältnisse von Inlandsfabrikanten?

Dah bei einem so notwendigen Bedarfsartikel wie Leder, wo tausende und aber tausende Kinder und Erwachsene infolge der Teuerung mit ungenügender Fußbekleidung herumlaufen müssen, außerdem riesige Mengen Leder zu Kurzwaren verarbeitet werden, sollte man nicht für möglich halten. Wie und in Friedenszeiten soviel gute Hinderräte für Kluft und bei Verarbeitung worden wie jetzt zu Zeiten der Knappheit und der Teuerung. Damit Schieber, Kriegs- und Revolutionsgewinnler ihre festsitzenden in bequemen Postern ausbeuten können, wird der Allgemeinheit der notwendige Bedarfsartikel entgegen und künstlich verteuert. Es ist höchste Zeit, daß diese "Fabriken" geschlossen werden, die bei Wucherern, chemischen Melamieren und bei allen Menschen mit gesundem Verstand vorgefundenen Alibi sind konstatiert und den Kriegskrüppeln als Auszeichnung ausgehängt werden; gar mancher Kriegsinvalide würde gerne mit dem G. A. darüber quittieren.

Saunerverammlung des Sozialdem. Vereins.

Wir verweisen hiermit nochmals auf die heute abend 7 Uhr im "Elefanten" stattfindende Saunerverammlung mit Vortrag des Gen. Böhlinger über "Das Reichsnotopfer und seine wirtschaftliche Bedeutung". Außerdem stehen die Abrechnung über das 3. Quartal, sowie die Erhebung eines Extrabeitrags auf der Tagesordnung. Die Genossen und Genossinnen werden um zahlreichen Besuch der Versammlung erlucht.

Kappeler. (Sozialdem. Verein.) Am kommenden Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet unsere diesjährige Hauptversammlung im "Zähringer Löwen" statt. Die Tagesordnung ist reichhaltig und wichtig. Vollzähliges Besuch der Mitglieder ist notwendig.

Versammlung der tech. Angestellten und Beamten. Der Bund der tech. Angestellten und Beamten veranstaltet heute Mittwochs den 14. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr im "Königsraden" eine öffentliche Versammlung, in der der Geschäftsführer Herr Ingenieur Schweizer aus Berlin über das "Betriebsrätegesetz" sprechen wird. Alles weitere ist aus der Annonce zu ersehen.

Der "theoretische Streik" des Herrn Direktors. Es ist immer gut, wenn bei den ersten und schweren Rohkämpfen der Arbeiterschaft und Angestellten auch die und da ein bißchen Humor zu seinem Rechte kommt; das trübe und launige läßt sich leichter ertragen, die Menschen helfen sich mit ein bißchen Gelächert eher über ihre Lage hinweg. Beinahe täglich stehen zur Zeit die Beschäftigten-Angestellten in einem schweren Kampfe und die Gefahr eines Streiks ist in drohender Nähe gerückt. Auch in Karlsruhe sind die tech. organisierten Angestellten der Versicherungsanstalten entschlossen, den Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Annehmlich ist dies natürlich den Herrn Direktoren nicht und sie versuchen mit allen Mitteln, die Angestellten vom Streik abzuhalten. Da die Angestellten fest blicken und unter allen Umständen die Solidarität hochhalten, kam ein Direktor einer Karlsruher Versicherungsgesellschaft, der "Karlsruher Lebensversicherung", auf einen genialen Gedanken. In einer Versammlung der Angestellten, der die drei Direktoren anwohnten, schlug der genannte Direktor vor, nachdem alle Versuche, die Angestellten von sich zu machen, fehlschlagen waren,

vor, die Angestellten könnten ja den "theoretischen Streik" erklären. Das Personal verstand antworts nicht, was der Herr wollte; er setzte es ihnen ober auseinander: Die Angestellten sollten sich mit ihren Kollegen im Reich zwar solidarisch erklären, d. h. für den Streik einzeln, jedoch hier in Karlsruhe die Arbeit noch wie vor verrichten! Die Angestellten lehnten selbstverständlich diese "Theorie" mit gebührender Heftigkeit ab. Sie haben für den direktorialen Grundgedanken "Gelächter" verstanden, nicht aber die Absicht, sich dem Streik anzuschließen. Das dieses Verlangen des Direktors auch eine moralische, oder vielmehr unmoralische Seite hat, sei nebenbei erwähnt. Würden die Angestellten die Bemerkung des Direktors ernst nehmen, so würden sie auch über diese "Seite" der Sache einiges mit dem Herrn sprechen. So aber beantragen sie sich, die neuesten Unternehmensefindung des "theoretischen Streiks" der leidenden Mittel- und zum beherrschenden höheren Vergehens bekannt zu geben.

Volksheder-Konzert der "Kassalla". Es ist zu begrüßen, daß unsere Arbeitervereine sich in neuerer Zeit wieder mehr der eifrigen Pflege des Volkshedes widmen und mit einer guten Auswahl derselben gelegentlich an die Öffentlichkeit treten. Vor einigen Wochen hat dies der "Vorwärts" und am vergangenen Sonntag ist ihm die "Kassalla" gefolgt. Sie rief ihre aktiven und passiven Mitglieder in den Eintrittsaal und sang unter der bekannten stilsicheren Leitung des Herrn Hornweisers Herold eine Anzahl Männerchöre von Schiller, Schubert, Kirchner usw. in flotter und recht melodisch klingender Form. Abmahnung wurde gegeben durch die Soli der Sängerin M. A. H. (Kass), F. F. H. und S. H. H. (Kass) und S. H. H. (Kass). Es ist ein Zeichen hoher Leistungsfähigkeit eines Gesangsvereins, wenn er aus seiner Mitte heraus eine Anzahl Solisten stellen kann. Die diesmal aufgetretenen Mitglieder verfügen über vorzügliches und - was die Hauptsache ist - gut durchgebildetes Stimmmaterial. Sie erteilen reichlichen Beifall. Zu wünschen wäre vielleicht etwas freieres Auftreten, ein sogen. Singsingen ins Publikum. Das erhöht die Wirkung des gesanglichen Vortrages. - Am das Volksheder-Konzert schloß sich eine Tanzunterhaltung an, die starken Zuspruch fand.

Tagelaben. Am Samstag, 10. ds. Mts., hielt der Sozialdemokratische Verein eine Mitglieder-Versammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte die Versammlung einen besseren Besuch aufweisen dürfen. Genosse Müller-Würg eröffnete die Versammlung und erteilte sodann dem Gen. Trinks-Karlsruhe das Wort zu einem Referat über: "Die neue Reichsverschaffung". Der Redner streifte in seinem Referat u. a. die Beamtenfrage, das Schulgesetz, Kirche und Staat und das Betriebsrätegesetz. Zum Schluß betonte Gen. Trinks, daß nur Arbeit das deutsche Reich retten könne. Er erteilte für seine sehr klaren Ausführungen reichen Beifall. - Gen. H. H. H. diskutierte sodann über die Frage Kirche und Staat und über das Betriebsrätegesetz. Auch diese Ausführungen fanden Beifall. Gen. Müller-Würg erstattete sodann Bericht über die Bezirkskonferenz und gab die Neuwahlen derselben bekannt. Er ermahnte zum Schluß die Mitglieder zur Agitation für die Partei und schloß hierauf die Versammlung.

Feier des 70. Geburtstages von Kommerzienrat H. Sinner in Grünwinkel. Eine eindrucksvolle Feier der gesamten Arbeiter- und Beamtenchaft der Gegend, abends 8 Uhr im "Kühnen Krug" anlässlich des 70. Geburtstages des Generaldirektors Robert Sinner statt. Das reichhaltige Programm wurde von dem Personal selbst besorgt, mit Ausnahme von Musikvortrügen der Reichswehrkapelle. Die Leistungen in Gesangs-, Libretto- und familiären Vorträgen fanden ungeteilten Beifall in dem vollbesetzten Saal. Eine eindrucksvolle Ansprache an den Jubilar hielt der Vorsitzende des Arbeiterauschusses, welche die Gedanken und Empfindungen der Arbeiterchaft des Betriebes anlässlich dieses Tages wirksam zum Ausdruck brachte. In seiner Erwidrerung an die verschiedenen Redner des Abends machte Herr Generaldirektor Robert Sinner auch einige programmatische Ausführungen, in welcher er seinen Standpunkt zu der Arbeiterfrage präzisierete. Seine Darlegungen amten großen sozialen Geist. Daß dies nicht nur schöne Redensarten waren, hat die Firma der Arbeiterchaft und den Gewerkschaften gegenüber durch ihre Haltung bisher bewiesen. Eine höhere soziale Gesellschaftsordnung anzustreben, soll sich die Arbeiterchaft durch politische und wirtschaftliche Schulung angelegen sein lassen, denn die Klassenunterschiede sind zu beseitigen. Aber ohne organische Entwicklung komme man dem Ziele nicht näher. Besondere Freude bereitete dem Jubilar eine Adresse der Arbeiterchaft, worin jeder persönlich seinen Namen eingeträgt hat. Es war ein erhebender Eindruck, das gesamte, weit verstreute Personal beizutreffen und zu sehen. Der Abend verlief in schöner Harmonie und hatte neben persönlichen Beziehungen auch eine grundsätzliche Bedeutung. Es wäre zu wünschen, daß das deutsche Arbeitgebetum allgemein nach diesen Grundsätzen verfahren würde.

Schere Ausschankpreise für Ostweine. Das Ministerium des Innern hat auf eine Eingabe des Bad. Gastwirteverbandes hin die Bad. Ostweinförderung ermächtigt, eine Minderung der Ausschankpreise für Ostweine festzusetzen.

Fliegergeschädigte! Dem Vorsitzenden der Kommission der Karlsruher Fliegeropfer ist auf seine Eingabe vom 23. Dez. vom Reichsfinanzministerium die Antwort erteilt worden, daß die Entschädigung an die Hinterbliebenen der Fliegeropfer dem Reichsminister des Innern zur weiteren Veranlassung überfandt worden ist. - Hoffentlich folgen diesen Rangleistungen bald Taten, denn es ist höchste Zeit, daß die Fliegeropferentschädigungen ihre Erledigung finden.

Wichtigstellung. In unserem Bericht über die Postbeamtenversammlung in Nr. 9 unseres Blattes heißt es: 1. Die Erhöhung des Grundbeitrages der Teuerungszulage um 800 M., der Rinderzulage um 150 M. usw. Die Entscheidung lautet aber: 1. Die Erhöhung des Grundbeitrages der Teuerungszulage um 800 M., der Rinderzulage um 150 M. usw. Der beantragte Betrag der Erhöhung beläuft sich sonach nur bei mittleren Beamten auf 610 M., bei unteren Beamten auf 510 M., bei höheren auf 450 M. hinsichtlich der Grundzulage, bei der Rinderzulage auf 75 M. allgemein. Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß der erste Referent nicht "Oberpostschaffner" sondern "Oberpostsekretär" Widlas war.

Kassabandabend des Theaterkulturverbandes. Am Mittwoch, den 21. Januar, veranstaltet die Karlsruher Ortsgruppe des Theaterkulturverbandes im "Eintrachtssaal" einen volkstümlichen Kassabandabend, zu dem erste Kräfte des Landes-theaters, Mitglieder der Oper und des Schauspielers, ihre Mitwirkung zugesagt. Herr Prof. Dr. O. F. F. wird über Ballade und Drama sprechen. Alles nähere wird durch Plakate und Anserat bekanntgegeben.

Soldatenschule. Bei einer am 12. d. Mts., abends durch Polizei, das Feld- und Waldwutpersonal sowie die Sicherheitspolizei vorgenommenen Streife im Parkwald gelangten 16 Personen wegen Entwendung von Holz zur Anzeige. Sturmgeschänden. In der Nacht vom 10. zum 11. d. M. wurde von einem Lagerhaus in der Zimmerstraße durch den Sturm das mit Brettern verschaltete und mit Pappe gedachte Dach in einer Länge von 80 Meter und einer Breite von 40 Meter abgedeckt und auf die Rangiergleise hinter dem Lagerhaus geworfen. Auch wurde die Fagadenmauer in einer Länge von etwa 30 Meter und in einer Höhe von 2-2 1/2 Meter umgeworfen.

L. Gagsfeld, 14. Jan. kommenden Freitag, 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im "Dirsch" eine Parteiverammlung statt mit Berichterstattung von der Bezirkskonferenz und Vortrag des Gen. Trinks. Umständehalber müssen wir die Versammlung auf einen Vorkontag verschieben; wir erwarten aber trotzdem von den Parteigenossen, daß sie sich im Interesse der bevorstehenden Aufgaben pünktlich und vollständig daran beteiligen. Auch Freunde unserer Sache sind willkommen.

Gewerkschaftliches.

Die badischen freien Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde gegen das Betriebsrätegesetz.

Der Bad. Landesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Bezirkskartell der freien Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Verbände und der Gewerkschaftsbund der Angestellten erheben scharfen Protest gegen den Kompromißvorschlag des Betriebsrätegesetzes vom siebenten Ausschuss. Die gesamten über einhunderttausend in obigen freien Gewerkschaften und Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer verlangen das volle wirtschaftliche und soziale Mitbestimmungsrecht und erklären, in Zukunft keine Stimme dem Abgeordneten zu geben, der für die Verschönerung der gerechten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeitnehmer stimmt. Jede Verantwortung für die kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe lehnen wir bei Annahme des Kompromißvorschlags vom siebenten Ausschuss und Nichtbeachtung unserer Forderungen ab. Auch die Ausnahmebestellung der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer muß aufs schärfste abgelehnt werden. Prof. Kiezer, Drefahl, Reiche.

7,1 Millionen Gewerkschafter.

Der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene Nachrichtenendienst bringt eine Uebersicht, darauf folgende wie im letzten Quartal 1919 abermals 1,6 Millionen neue Mitglieder gewonnen haben. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorjahreszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Aber diese Erfolge müssen nur ein Ansporn dafür sein, auch die dem Gewerkschaftsbau noch teilnahmslos gegenüberstehenden Arbeiter für die Organisationen zu gewinnen.

Jugend und Sport.

Der Fußballsport im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

G. St. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands hat in richtiger Erfassung der zu erwartenden Lage auf sportlichem Gebiet, auf seinem im vergangenen Jahre abgehaltenen Bundeskongress beschlossen, die Fußballbewegung innerhalb des Bundes zu organisieren, und zwar so, daß, unabhängig von den turnerischen Bezirken in den Kreisen je nach Notwendigkeit reine Spielgruppen und Spielbezirke mit weitgehendster Selbstbestimmung gegründet werden können. Auch wurde der Beschluß angenommen, daß Fußballvereine, wenn auch mehrere in einem Ort bestehen, jeder sich als selbständiger Verein dem Bund anschließen kann. Der Zweck dieser Organisation ist, das Fußballspiel innerhalb der Arbeiterturnbewegung zu fördern und mittels Spiel in Spielen (Verbandsspielen) in verschiedenen Klassen die besten Mannschaften der Gruppen, Bezirke, Kreise und des Bundes zu ermitteln.

Mit dieser Organisierung wurde einem schon längst gehegten Wunsch der organisierten Fußball spielenden Arbeiterchaft Rechnung getragen. Erfreulich für uns waren die bis jetzt geschiedenen Uebertritte aus dem bürgerlichen Lager, aber auch in den eigenen Reihen werden immer neue Fußballmannschaften gegründet und sind heute schon an den Ferienpielen weit über 2000 Mannschaften beteiligt. Leicht könnte diese Zahl verdoppelt werden, wenn alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter es endlich einmal einsehen würden, daß ihr Platz nicht mehr in den bürgerlichen Vereinen sein kann. Es ergeht der Ruf an alle Arbeiterportler, soweit sie noch in bürgerlichen Vereinen und Verbänden hängen, dort aus und treten in den Arbeiter-Turn- und Sportbund ein. Mehrere Auskünfte durch die Vorstände der fast an allen Orten bestehenden freien Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

Aus dem Lande.

Feuert bei Bruchsal, 13. Jan. In der Nacht zum Montag wurde in die Pfarrkirche entzündet und zwei goldene Kelche aus dem Tabernakel entwendet. Ein Teil der Heiligen lag zerstreut am Boden.

Mannheim, 13. Jan. Wie das "Mannh. Tagblatt" mitteilt, haben die Franzosen in Ludwigshafen trotz der Ratifikation des Friedensvertrags sechs für Mannheim bestimmte Kohlenzüge beschlagnahmt.

Mannheim, 13. Jan. Der Schlosser Wilhelm Brokmann aus Sandhofen erhielt zwischen Sandhofen und Kirchardtshausen von parcoulierenden Wachtleuten aus noch nicht völlig aufsehlärter Ursache einen Lungenschuß, an dem er im Krankenhaus in Sandhofen gestorben ist.

Schiffwässer. Infolge des in den letzten Tagen gefallenen Regens sind vor Meinen und seine Zustüsse wiederum geliegen. Auf dem Neckar mußte infolge des Hochwassers der Schiffsverkehr eingestellt werden. Im Donauraum gelang es Floßwehler Nied einem einzigen Brodelnden See. Infolge einer durch den herrschenden Orkan hervorgerufenen Störung der elektrischen Leitung wurde die Stadt Wolfach am Samstag längere Zeit ohne elektrische Beleuchtung. - Aus Pforzheim wird gemeldet, daß die Eng, die Ragold und die Wägen über Nacht wieder zu reissenden Wässen geworden sind.

Detleberg, 14. Jan. Der Neckar steigt langsam weiter, so daß die Schiffahrt eingestellt werden mußte. Das Vorland des Flusses ist überflutet. In Reutlingen und in Dirschhorn hat das Wasser schon die ersten Häuser erreicht.

Auflösung des deutschen Konsulats in Schaffhausen. Das deutsche Konsulat in Schaffhausen ist mit dem 31. letzten Monats aufgelöst worden. Seine Geschäfte sind auf das deutsche Konsulat in Zürich übergegangen. Eine deutsche Poststelle wird in Schaffhausen bestehen bleiben.

Diejenige Frau, welche am Sonntag in der Eintracht (soberer Saal) auf Nr. 82 einen Schirm erhalten hat, wird ersucht, denselben sofort im Pachtbau oder in der Eintracht beim Hausmeister abzugeben, andernfalls Anleihe erlassen wird, indem Sie erkannt ist.

Verloren
von der Gartenstadt bis Karlsruhe eine schwarze Brieftasche mit Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung im Volkstheaterbüro.

Post-Schreibmaschine
Modell 10 (unfälsch. Schrift), fast neu, zu verkaufen. Ankauf bei Kurt Gaus, Durlach, Hauptstr. 71.

Fahrrad
Ein gebrauchtes mit Gummi und Torpedo-Frelllauf für 250 Mk. zu verkaufen. 1246 Daxlanden, Südstr. 12 Wäcker.

Herren-Fahrrad
zu verkaufen. Näheres Kronenstr. 25 IV, 6. Leuten

Bügel-Stärke
(Auslandsware) pro Pfund Mark 10.—, 135* Kreuzstraße 25, Laden.

Kleider
Schuhe, Möbel und sonstige Gebrauchsartikel kauft man billig im An- & Verkaufsgeschäft **J. Glozer** Bahringstr. 53a.

Alle Sorten Flaschen 1120 **Papierabfälle** **Metalle** **Felle** **Lumpen** **Frauenhaare** **Kopfhaare** kauft zu höchsten Preisen **Karlsruher Kopfproduktenhans** Schützenstr. 86.

Weinhefe kauft laufend **Max Homburger** Brauereiwirtschaft **Karlsruhe.**

Ich kaufe fortwährend zu höchsten Preisen Kleider, Umformen, Schuhe u. Wäsche jeder Art. 1119 **S. Ugelrad**, Effenweinstr. 32.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Die noch vorrätigen **PELZE** **Plüschgarnituren** extra billig.

Bettmässen Abhilfe sofort. Alter und Gewicht angeben. Auskunft kostenlos. Merkur-Verband München 190, Neureutherstr. 13. 80*

Sängerbund Vorwärts 18 90 **Karlsruhe**
Sonntag den 18. Januar 1920, nachmittags 1/3 Uhr im „Grünwald“ Hauptstr. 71
General-Versammlung
Wir laden hierzu unsere sämtlichen Mitglieder freundlichst ein. 1250
Der Vorstand.
NB. Nach derselben gemütliches Feiern im Verein.

Badische Heimat
Verein für Völkerkunde, ländl. Wohlfahrts- pflege und Heimatschutz. 1177
Grosser Rathaus-Saal
Donnerstag, 15. Januar 1920, abends 8 1/4 Uhr
Vortrag mit Lichtbildern
Herr Pfarrer Kissner-Freiburg:
Die Schönheit der badischen Heimat.
Eintritt frei. Gäste und Freunde der Sache willkommen.
Die Ortsgruppe Mittelbaden.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
E. G. m. b. H.
Wegen Mangel an Metall können wir unsern Vorrat an Messingmarken nicht mehr der jetzigen Mitgliederzahl entsprechend ergänzen und führen daher
vom 15. Januar 1920 ab Papiermarken
als Gegenmarken für die Eisenstücke in unsern Läden ein. Wir ersuchen die verehrlichen Mitglieder, die in ihren Händen befindlichen Messingmarken bis spätestens 31. ds. Mts. in den Läden abzugeben, bzw. in die neuen Markenbüchlein einschreiben zu lassen, da dieselben vom 31. ds. Mts. ab außer Kurs gesetzt werden. 1236
Karlsruhe, den 14. Januar 1920.
Der Vorstand.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
E. G. m. b. H.
Wir bitten, die noch nicht abgeholtene neuen Markenbücher sofort gegen Rückgabe der alten an unserer Kaffe Rooststraße 28 in Empfang zu nehmen und machen darauf aufmerksam, daß
Weine der Kontrolle halber ausschließlich nur gegen Vorzeigung der neuen Büchlein abgegeben werden. 1235
Der Vorstand.

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft **Badischer Baubund G. m. b. H.** **Karlsruhe**
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vorm. 8—12, nachm. 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Konfirmanten-Kleiderstoff
für Knaben und Mädchen, in blau und schwarz, sehr preiswert abzugeben. Solange Vorrat reicht.
Everts & Co., Hirschstr. 38. 1239

Residenz-Lichtspiele
Mittwoch bis einschl. Freitag
30 Waldstr. 30
Die Schuld der Maria Keith
Drama in fünf Akten.
Maria Zelenka hat ein lebenswürdiges Lächeln und wird angenehmerweise nur tragisch, wo es sein muss, um allmählich in die Tragödie hineinzuwachsen.
Mans Wallner gibt eine ausgezeichnete komische Type.
Gustav Janbeck spielt den Bolling mit Gewandtheit.
In dem Intriganten **Ernst Pitschau** findet man Herrn **Ernst Pitschau**.
Spielzeit: Ab 1/2 Uhr.

Auf vielseitiges Verlangen prolongiert bis Freitag
Cajus Cäsar
Das dramatische Erlebnis einer Persönlichkeit von Riesenmass, ein heiliges Durchschauertsein vom Warten eines Weltgeschicks, aufgenommen an Roms historischen Stätten in sieben Aufzügen.
Spielzeit: Nur punkt 5 Uhr täglich.

Künstlerquartett Steinmüller
Kaiserstr. 5 Schillerstr. 22
Der schweigende Gast **Der Rubin des Maharadscha**
Detektiv-Drama in vier Akten mit **Curt Brenkendorf.** Schauspiel in vier Akte von 1243 **Toni Attenberger.**
Zirkus Schnabelmann **Hedda Vernon**
Köstliches Lustspiel. Das große Wagnis fünf Akte.

ULI
Luxeum Lichtspiele
Ab heute Mittwoch bis einschl. Freitag Unwiederlich nur 3 Tage!
Der große hervorragende Spielplan!
An erster Stelle der grosse Roman eines Abenteurers
Gewissenlose Bestien
Das erste Abenteuer des Jean Morell in vier spannenden Akten.
Ein von Anfang bis zum Schluss spannender Abenteuerroman, der durch die meisterhafte Darstellung der Hauptdarsteller, die sensationelle dramatische Handlung eine Sehenswürdigkeit bildet. Atemlose Spannung wird dieses erste Abenteuer des Jean Morell erzielen.
Aus dem Inhalt:
Vor Tagesanbruch — Der Zufluchtsort — Die Entdeckung — Für schuldig erklärt — Verurteilt — Der Bericht Graf Luciens — Die Bestie ohne Gewissen — Nach 6 Jahren — Die Flucht mit den Juwelen — Der verborgene Schatz — Am hängenden Seil von den Kugeln getrieben.

Ausserdem die beliebte und bekannte Künstlerin **Lya Mara** die eine Glanzleistung in dem grossen dramatischen Lebensbild bietet
Maria Evere
Die Geschichte einer Komödiantin in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von F. W. Koebner. vom Autor für den Film bearbeitet. In den übrigen Hauptrollen: **Fred Immler** und **Erika Unruh.**
Dieses hervorragende Filmschauspiel wird infolge seiner glänzenden Handlung und seiner hervorragenden Darstellung durch Lya Mara berechtigtes Aufsehen erregen. 1244
Künstler-Kapelle unter Leitung des Herrn Kapellm. Treumer.

Den Dienstmannstarif für die Stadt Karlsruhe betr.
Aufgrund der §§ 37, 76 der Gewerbeordnung, §§ 61, 114, 115, 116, 117 der Vollzugsverordnung hierzu und § 134 a B. Str. G. B. wird unter Aufhebung des bisherigen Tarifs mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe folgende durch Erlass des Herrn Landeskommissars vom 27. Dezember 1919, Nr. 12086, für vollziehbar erklärte **ortspolizeiliche Vorschrift** erlassen:
Der Tarif für Dienstmänner wird wie folgt festgesetzt:
a. Für bestimmte Gänge und bei Begleitung von Reisenden ist zu entrichten:
1. ohne Gepäck: die erste Viertelstunde 1 Mk., jede weitere 60 Pfg.
2. mit Gepäck, ohne Wagen: die erste Viertelstunde 1.50 Mk., jede weitere 60 Pfg.
3. mit Wagen: die erste Viertelstunde 1.50 Mk., jede weitere 1 Mk.
Bei Beförderung von über 100 Kilogramm ist der Preis vor Beginn der Arbeit nach Uebereinkunft zu regeln.
Für den Rückweg darf in allen Fällen eine Gebühr von 50 Pfennig erhoben werden.
b. Die Bestellung von dem Bestellen nicht zur Ausführung gebracht und kein ein Dienstmann des Dienstmannes nicht vor, so kann der Dienstmann den Weg zu dem Bestellen als Potengang rechnen.
c. Für bestimmte Zeiten:
für eine Stunde 2 Mark,
für einen Tag (zu 8 Stunden gerechnet) 16 Mark.
Karlsruhe, den 3. Januar 1920.
Bezirksamt — Polizeidirektion. O 3 7.

Die Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Jan. 1920 werden nach Maßgabe der Nummern der Unterstützungsbescheide in folgender Weise ausbezahlt:
Donnerstag, 15. Jan. 1920 die Nummern 1 bis mit 7000 Freitag, 16. „ „ „ 7001 „ 13000 Samstag, 17. „ „ „ 13001 „ Schluss.
Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen des Kreisunterstützungsamts Birkel 40/42, 3. Stock, Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags vorgenommen.
Nach einer Anordnung des Reichsministeriums dürfen Familienunterstützungen nur dann weiter bezahlt werden, wenn die Militärbehörden Vörschlagsbescheide für die Familien von Kriegsangehörigen nicht gewähren.
Karlsruhe, den 13. Januar 1920. 186
Das Bezirksamt.

Better Ueberlee-Rauchtabak
grösseres Quantum eingetroffen. 1240
Zigarrenhaus Mühlburg
Rheinstr. 9, gegenüber „3 Linden“.

Häuser 6 1/2 - 7% Rente.

Durlacherstr.	2x8	Jim.-B.	Mk.	22000	Ang.	6000
Nasenerstr.	2x8			23000		6000
Luisenstr.	4x3			34000		10000
Schützenstr.	2 u. 3			40000		8000
Marienstr.	4 u. 2			44000		8000
Durlacherstr.	2x3			48000		6000
Amalienstr.	3x4			48000		15000
Schwanenstr.	3x4			50000		10000
Schützenstr.	3x4			50000		15000
Goethestr.	2x3			45000		6000
Dumoldstr.	2x3			62000		15000
Schützenstr.	3x4			70000		15000
Wörberstr.	4x4			75000		15000
Brahmstr.	7x3			88000		20000
Magistr.	2 u. 3			68000		15000
Bismarckstr.	3x6			88000		15000
Karl-Wilhelmstr.	4x5			80000		25000
	8x8			110000		20000

1207 **M. Busam, Herrenstr. 38.**

Welt-Kino
Telephon 5448 Kaiserstr. 133
Nur 3 Tage!
Mittwoch - Donnerstag - Freitag
Dunkle Pfade
Ein Filmwerk von unübertrefflicher sensationeller Handlung in 4 Akten.
Die interessante Geschichte eines Grafen, der einem verbotenen Geheimbund angehört.
Ihr Friseur
Urwüchsiger, sprudelnder Humor!
Tolle Laune!
Ein wirklich lustiges, witziges Stück in **4 Akten.**
In der Hauptrolle: 1246
Marija Leiko.